

Yoshitaka Terada

Politische Bildung in Japan und der Diskurs über die Fachdidaktik in Deutschland seit 1990 – Der Beutelsbacher Konsens

Im Anschluss an den Beitrag in Politisches Lernen 1-2-|2021 zur politischen Bildung in Japan von 1945 bis 1989 (Terada 2021) untersucht der Autor nun die Entwicklung seit 1990. In Japan gibt es seit den 1990er Jahren statt einer politischen Bildung, die sich durch das Auswendiglernen von Fakten auszeichnet, ein wachsendes Interesse an politischer Bildung, die sich mit strittigen Punkten der modernen Politik befasst. Dabei liegt das Augenmerk dieses Beitrages auf der Rezeption der deutschen politischen Bildung, vor allem auf dem Beutelsbacher Konsens, in Japan. Aber Japan ist noch immer eine Bildungsganggesellschaft und die politische Neutralität der Bildung wird immer betont. Können Versuche, sich an der politischen Bildung in Deutschland zu orientieren, die Bildungspraxis in Japan verändern? Oder welche Fragen sind aus japanischer Sicht mit dem Beutelsbacher Konsens verbunden? Im Beitrag werden diese Fragen im Zusammenhang mit den Trends der politischen Bildung in Japan seit den 1990er Jahren untersucht.

1. Die Politische Bildung nach dem Kalten Krieg: das neu definierte Verhältnis von Bildung und Politik

1.1 Bildungspolitik im Japan der Gegenwart: Die Suche nach neuen Lernmethoden und der Fokus auf die Politik

Das Ende des Kalten Krieges und die darauffolgenden häufigen regionalen Konflikte der 1990er Jahre sorgten in der internationalen Politik für Ungewissheit. In Japan wurden der Einbruch der Wirtschaft, der übermäßige Konsumismus und die Schwächung der zwischenmenschlichen Beziehungen als ernsthafte soziale Probleme verstanden, und so kam es vermehrt zu sozialen Unruhen. In solch unüberschaubaren perspektivlosen Zeiten liegt der Fokus der Lehrplanrichtlinien eher auf dem Erwerb von Fähigkeiten zur Problemlösung sowie der Aneignung von Sozialkompetenz als auf dem reinen Wissenserwerb. Zum Beispiel wurde 1998 bei der Neubearbeitung der Lehrpläne das „integrierte Lernen“ (Sôgôteki na gakushû no jikan) in den Schulunterricht eingeführt. In diesem Unterricht sollten die Schülerinnen und Schüler das „selbständige Lösen von Problemen“, „Erfahrungen mit Umfragen, Präsentationen und Diskussionen machen“ und „lokale sowie gesellschaftliche Themen fachübergreifend lernen“ (Mizuhara 2010, S. 213-222). Darüber hinaus wurde in den neuesten Lehrplanrichtlinien, die in den Jahren 2017 und 2018 angekündigt wurden, der Begriff „aktives Lernen“ („active learning“) insbesondere in Bezug auf Mittel- und Oberschulen hervorgehoben. Der didaktische Ansatz soll Schülerinnen und Schüler dazu ermutigen, durch das Lernen in Gruppen und durch Diskussionen unabhängig und aktiv zu lernen. Dieser bildungspolitische Trend ist die Antwort auf die sich weiter entwickelnde Informationsgesellschaft und basiert auf den durch die PISA-Studien angestoßenen Kompetenzdiskussionen.

Diese Diskussionen wirken sich auch auf die politische Bildung aus. In japanischen Sozialkundebüchern war der Anteil an Autorentexten traditionell sehr groß, aber in den

letzten Jahren hat die Anzahl der Aufgaben, die Schülerinnen und Schüler zur Präsentation und Diskussion animieren sollen und diesbezügliche Arbeitsmaterialien wie Bilder, Grafiken und Texte zugenommen. Darüber hinaus generiert das zu Beginn des Beitrags erwähnte Wahlrecht ab 18 ein neuerliches reges Interesse an „politischer Bildung“ in der japanischen Gesellschaft. Als Reaktion darauf veröffentlichte das Kultusministerium 2015 eine Bekanntmachung mit dem Titel „politische Bildung an Oberschulen und politische Aktivitäten von Schülern“. Darin wurde verlangt, dass sich politische Bildung nicht einfach nur mit institutionellen Erklärungen befassen sollte, sondern auch mit konkreten und aktuellen politischen Fragen. Dies steht im Gegensatz zum Erlass von 1969, der darauf abzielte, Oberschüler von politischer Aktivität abzuhalten. (Kodama 2016, S. 196-199; vgl. Terada 2021, Kap. 3.1, S. 55) Dieser Fokuswechsel lässt sich wahrscheinlich darauf zurückführen, dass mit dem Ende des Kalten Krieges gewalttätige ideologische Konflikte und die damit verbundenen regierungsfeindlichen Bewegungen, die in dieser Zeit üblich waren, nur noch sehr selten zu Tage traten.

1.2 Die Forschung zur deutschen politischen Bildung in Japan: Die Entdeckung des „Beutelsbacher Konsens“

Wie eingangs kurz erwähnt, ist der „Beutelsbacher Konsens“ heutzutage in Japan nicht nur im Bereich der Pädagogik bekannt, sondern ist auch bei den gewöhnlichen Zeitungen und Zeitschriften so etabliert, dass er als „Symbol der deutschen politischen Bildung“ angeführt werden kann. Doch ist dieses Prinzip hier in Japan erst seit kurzer Zeit bekannt, blickt man auf die Geschichte der deutschen politischen Bildungsforschung zurück. Der Konsens, den es bereits seit 1976 gibt, wurde nun endlich auch hier in Japan in zwei Anfang der 2000er Jahre publizierten Büchern erwähnt. Das erste Buch erschien 2001. Das Hauptthema des Buches

war jedoch „Lehrplanreform in Ostdeutschland nach der Wende“ und der Beutelsbacher Konsens wurde im Zusammenhang damit nur an einigen wenigen Stellen erwähnt. Im Gegensatz dazu stellte das zweite 2005 erschienene Buch drei Grundsätze des Beutelsbacher Konsens vor, der im Jahr 1976 auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erarbeitet wurde. Es wurde im Buch argumentiert, dass politische und soziale Fragen in der zeitgenössischen deutschen politischen Bildung aktiv und Aufgaben wie mit Präsentationen und Diskussionen behandelt würden und der Beutelsbacher Konsens den Eckpfeiler einer solchen politischen Bildung darstelle. (Kondo 2005)

Ab 2010 zieht der Konsens auch über die Pädagogik hinaus die Aufmerksamkeit der japanischen Gesellschaft auf sich. Hintergrund für dieses Interesse und Anlass für das in Gang kommen ernstzunehmender Anstrengungen für eine Neuausrichtung der politischen Bildung z. B. in der Regierung, an Schulen und gemeinnützigen Organisationen sind die folgenden drei oben bereits angeführten Faktoren: 1) Der Übergang von einem Unterricht, der auf Auswendiglernen basiert zu einem involvierenden mit Diskussionen und Präsentationen, 2) die Umsetzung des Wahlrechts ab 18, und 3) die Änderung der Haltung des Kultusministeriums bezüglich der Handhabung von aktuellen politischen Themen im Unterricht. So haben beispielsweise das Ministerium für Innere Angelegenheiten und Kommunikation und das Kultusministerium 2015 gemeinsam eine Lehrmaterialsammlung mit dem Titel „Wir gestalten unsere Zukunft“ herausgegeben. Das Material umfasst Aufgaben wie den Vergleich der Positionen verschiedener Parteien zu aktuellen politischen Themen und solche, die die Schüler ermutigen sollen, sich eine eigene Meinung zu bilden und zu diskutieren. Betrachtet man allein schon die Zahl der Schulen, die von der Zentralregierung oder den Präfekturen als „die Schule für die politische Bildung“ ausgewiesen werden und sich aktiv mit politischen Themen wie der Energiepolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik befassen, so ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. (Kodama 2016, S. 183 ff.) In besagten Unterrichtsmaterialien und -stunden werden auch Standpunkte aufgezeigt, die Probleme bei der Politik der regierenden Partei bzw. bei politischen und gesellschaftlichen Strukturen scharf kritisieren. Dies sind Anzeichen, dass man, wenn auch nur sehr langsam, versucht, sich von einer auf das Auswendiglernen von Zahlen, Daten und Fakten zu politischen Systemen, Gesetzen oder Jahreszahlen ausgerichteten konventionellen politischen Bildung loszulösen.

Strebt man jedoch einen Unterricht „politische Bildung, die sich mit strittigen Punkten der aktuellen Politik befasst“ an, muss die Hauptfrage lauten „Wie vermeidet man eine parteiische Indoktrinierung“? Dahinter stehen die besonderen historischen Umstände Nachkriegsjapans, die in diesem Beitrag bereits aufgezeigt wurden. Nach Ende des zweiten Weltkriegs stellten sich die Besatzungsbehörden und die japanische Regierung politische Bildung zunächst einmal als eine vor, die sich aktiv mit politischen und gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzt. Besonders der Artikel 8 des Grundgesetzes zur Erziehung aus dem Jahr 1947 nahm auf

die politische Bildung Bezug. Allerdings entschied sich die damalige konservative Regierung später dafür, Bildung als „politisch neutral“ zu etablieren, da sie sich im Spannungsfeld des Kalten Krieges immer öfter mit der radikalen politischen Bewegung der Lehrgewerkschaft und einiger Schülerinnen und Schüler konfrontiert sah, die es zu unterdrücken galt. Obwohl es also ursprünglich beabsichtigt war, eine einseitige „Indoktrinierung“ von Schülerinnen und Schülern zu vermeiden, wurde schließlich eine Atmosphäre geschaffen, in der sich die Schulen „freiwillig“ nicht mehr mit politischen Themen im Unterricht beschäftigten. Unabhängig davon, wie sehr das Kultusministerium darum bemüht ist, Lehrerinnen und Lehrer zu einem aktiven Umgang mit konkreten und aktuellen politischen Themen zu animieren, so gibt es aufgrund dieser „negativen Geschichte“ unter den Lehrkräften immer noch ein tief verwurzeltes Unbehagen, eine Angst davor, die vermittelten Inhalte könnten als voreingenommene Indoktrinierung Kritik finden.

In einer solchen Situation dürfte der zweite Grundsatz des Beutelsbacher Konsens, „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“, als sehr klarer und praktischer Maßstab für Japan bewertet werden, wo die übermäßige Angst vor „Kritik an einer parteiischen Bildung“ noch immer vorherrscht und viele Schulen gezwungen sind, besondere Aufmerksamkeit auf eine „objektive Behandlung der Unterrichtsthemen“ zu lenken. In Zusammenhang mit Berichten über Jugendliche, die an den Juniorwahlen und Umweltdemos teilnahmen, stiegen insbesondere bei den Medien und den Pädagogen die Erwartungen an die deutsche politische Bildung.

Trotz dieser positiven Bewertung der deutschen politischen Bildung gibt es zwei Dinge zu beachten: Erstens werden aktuelle politische Themen im japanischen Sozialkundeunterricht immer noch eher selten behandelt, was weniger auf die politische Neutralität zurückzuführen ist, als vielmehr auf die Tatsache, dass Japan immer noch eine Bildungsgesellschaft ist. Wenn man also in Zukunft eine „gute“ Arbeit finden will, muss man der Vorbereitung schriftlicher Prüfungen für Oberschulen und Universitäten Priorität einräumen. Mit einem Wort, die meisten Schulen haben „Besseres“ zu tun, als Schülerinnen und Schüler im Unterricht aktiv und zeitintensiv über politische Probleme diskutieren zu lassen.

Zweitens gibt es in Japan nur wenig Forschungen zur Praxis der politischen Bildung in Deutschland. Es stellen sich deshalb folgende Fragen: Zunächst geht es um den Zusammenhang zwischen politischer Bildung und der Kompetenz bzw. Motivation der Schülerinnen und Schüler. Um die aktuelle komplizierte Politik beurteilen und dazu eigene Meinungen äußern zu können, ist es unerlässlich, über genügend Kenntnisse und auch ein Interesse an Politik zu verfügen. Bisher in Japan veröffentlichte Berichte über politische Bildung in Deutschland haben sich vor allem mit Gymnasialschülerinnen und -schülern beschäftigt, die sich aktiv an politischen Diskussionen beteiligt haben. Andererseits haben verschiedene Untersuchungen in Deutschland auf die Ungleichheit des Kompetenzniveaus der Schülerinnen und Schüler der unter-

schiedlichen Schultypen hingewiesen. Es gab auch Berichte, dass es bezüglich der Zahl der Unterrichtsstunden im Fach Politik in Abhängigkeit vom Bundesland signifikante Unterschiede gibt. (Hedtke / Gökbudak 2018, S. 1-7) Es fragt sich also: Wie ist sie nun wirklich, die Situation der politischen Bildung „an den Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler lernen, die Lernschwierigkeiten haben“? Auch stellt sich die Frage, wie die politische Bildung mit den „unangenehmen“ Problemen umgehen sollte, die die öffentliche Meinung spalten. Im Kalten Krieg gab es den Versuch, Jugendoffizieren und Vertretern des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die Teilhabe an Bildungsinhalten zum Thema Außen- und Sicherheitspolitik zu verweigern. (Terada 2014, S. 73) Und momentan gibt es eine Debatte darüber, wie die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in der politischen Bildung behandelt werden sollte. (Knuth 2018) Wie wollen wir mit Bezug auf den Beutelsbacher Konsens mit diesen Problemen und Inhalten umgehen? Gibt es Fälle, in denen sich Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern bei den Lehrkräften über den Unterrichtsinhalt beschweren? Wird in Vorbereitung auf einen solchen Fall irgendein Lösungsprozess erwartet? Diese Fragen zeigen auf, dass es in Japan immer noch einen überwältigenden Mangel an Forschung zur Praxis der deutschen politischen Bildung gibt.

2. Fazit und zukünftige Forschungsfragen

In zwei Beiträgen (vgl. Terada 2021) wurden einige wichtige Forschungsergebnisse zur deutschen politischen Bildung in Japan nach 1945 unter Berücksichtigung (bildungs-)politischer Umstände analysiert und die Merkmale der Forschung in jeder Epoche geklärt. Die Ergebnisse sollen folgend noch einmal zusammengefasst werden.

Zunächst einmal war für japanische Pädagoginnen und Pädagogen in den frühen Nachkriegsjahren das Thema „Krieg und Frieden“ eines der wichtigsten, denn sie hatten die Kriegsjahre und den Militarismus der Jahre davor am eigenen Leib erfahren. Aus dieser Perspektive heraus kritisierten sie Bildungstheorien, die sich nicht mit politischen Problemen befassten, sowie die Bildungspolitik der konservativen Regierung in Westdeutschland. Ab den 1970er Jahren, als die Kritik am sturen Auswendiglernen puren Faktenwissens in Japan laut wurde, wandten sie sich verstärkt den konkreten Konzeptionen politischer Bildung zu. Daraus resultierte, dass die meisten grundlegenden Theorien zur politischen Bildung sowie Lehrplanrichtlinien zur politischen Bildung von japanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern analysiert wurden und im gegenwärtigen Japan zur Verfügung stehen. Dazu gehören zum Beispiel die Theorien von Rolf Schmiederer, Wolfgang Hilligen, Kurt Gerhard Fischer und Walter Gagel. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren immer mehr Stimmen laut, die eine Lehre auf Basis aktueller Politik in der politischen Bildung forderten. Durch diesen Trend sahen sich Journalistinnen und Journalisten dazu angehalten, vermehrt über Politikunterricht an deutschen Schulen zu berichten und in diesem Rahmen die Wichtigkeit des Beutelsbacher Konsens zu hervorzuheben.

Mit Blick in die Zukunft könnten in Japan die folgenden drei Forschungsschwerpunkte von Bedeutung sein: Als Erstes ist die noch ausstehende Forschung zur politischen Bildung in der DDR anzuführen. Durch die Entspannung der politischen Lage nach Ende des Kalten Krieges sowie durch die nun zugänglich gemachten Dokumente sollte eine objektive Forschung zur politischen Bildung in der ehemaligen DDR möglich sein. Bei dem zweiten für die zukünftige Forschung interessanten Thema geht es um den Ansatz, die Beziehung zwischen Politik, Gesellschaft und Lehrplänen zu analysieren, wie es die japanischen Pädagoginnen und Pädagogen der 1950er oder 1960er Jahre getan haben. In diesem Falle wird es wohl notwendig sein, nicht etwa nur der Staatsgewalt gegenüber Kritik zu üben, sondern auch zu analysieren, „welcher gesellschaftliche Standpunkt im Curriculum vertreten wird“ und dieses so einer „ideologischen Analyse“ zu unterziehen. (Apple 1994) Drittens geht es um die Klärung der Realitäten der politischen Bildung im heutigen Deutschland. Denn es ist wichtig, nicht nur die deutsche politische Bildung als „Vorbild für Japan“ näher zu betrachten, sondern auch die Schwierigkeiten einer solchen anzuerkennen und die damit einhergehenden Herausforderungen zu untersuchen, vor denen die politische Bildung in Deutschland derzeit steht.

Für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mag der Wert dieses Artikels darin liegen, die politische Bildung in Deutschland und damit verbundene Wertungen und kritische Fragen aus einer Fremdperspektive, in diesem Falle einer japanischen, betrachten zu können. Lassen Sie mich hier kurz beispielhaft einen Standpunkt aufzeigen, der die politische Bildung mit der internationalen Politik verbindet, wie ihn die japanische Forschung zu Beginn des Kalten Krieges sah. Ich teile diesen Standpunkt und schrieb meine Dissertation darüber, wie das Thema „Außen- und Sicherheitspolitik“ in der politischen Bildung nach 1945 in Deutschland behandelt wurde. (Terada 2014) Damals bin ich nicht auf eine einzige Studie gestoßen, die sich aus heutiger Sicht systematisch mit diesem Thema befasst. Angesichts der zunehmenden Zahl politischer Aufgaben, die auf globaler Ebene angegangen werden müssen, so z.B. Fragen zu Frieden und Sicherheit, Umweltfragen, Energiefragen usw., erscheint es notwendig, die politische Bildung an Schulen in Verbindung mit internationaler Politik zu analysieren. Weitere Fragen richten sich auf Ungleichheiten in den Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Abhängigkeit vom Schultyp sowie auf die Auswirkung von kontrovers diskutierten Themen in der Öffentlichkeit (z.B. über die Positionierung gegenüber der AfD oder Bundeswehreinsätzen im Ausland) auf die schulische politische Bildung. In diesem Zusammenhang ist auch der Vergleich der beiden Länder Japan und Deutschland von großem Forschungsinteresse. Im heutigen Japan bestimmen noch immer das Auswendiglernen von Faktenwissen, das dann durch Tests geprüft werden kann, die Bildungslandschaft der politischen Bildung an Schulen und Themen zur aktuellen Politik sind nur selten Lehrinhalt. Diese Methodik hat auch ihre Vorteile, denn sie gewährleistet unabhängig von Intelligenz und politischem Interesse ein

gewisses Maß an Fachkompetenzen bei allen Schülerinnen und Schülern. Darüber hinaus werden unnötige politische Konflikte an den Schulen vermieden. Laut PISA-Studien ist das durchschnittliche Kompetenzniveau japanischer Oberschülerinnen und -schüler recht hoch, während der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit geringen Lernfähigkeiten niedrig ist. (OECD 2016, S. 44) Man könnte also sagen, dass das japanische Schulsystem mit seinem eingleisigen Bildungswesen, den allgemeinen Lehrplänen und den schriftlichen Tests, für ein großes Maß an „Egalität“ sorgt. (Kariya 2009; vgl. Kariya 1995) Auf der anderen Seite steht die Kritik, dass die Vermeidung der Thematisierung tatsächlicher politischer und sozialer Probleme für eine größere politische Gleichgültigkeit bei Schülerinnen sowie Schülern verantwortlich ist und diese der aktuellen Politik folglich weniger kritisch gegenüberstehen. Daher wurde in den letzten Jahren immer öfter die politische Bildung deutschen Stils, die sich mit Realpolitik aktiv auseinandersetzt, in Erwägung gezogen. Welche Möglichkeiten bietet nun aber die deutsche politische Bildung Japan, um die „befriedigenden“ Schulleistungen aller Lernenden sicherzustellen und politische Konflikte im Klassenzimmer zu vermeiden? Die herauszufinden ist für mich von großem Interesse.

Nicht zuletzt aus Platzgründen, konnte der Sozialkundeunterricht an modernen japanischen Schulen nicht in großem Detail dargestellt werden. Dies würde ich an anderer Stelle gerne nachholen.

Literatur

- Apple, Michael W. et al. (1994): Curriculum Politics. Gendai no kyôikukaikaku to national curriculum (Curriculum Politics: Nationaler Curricula und aktuelle Bildungsreform), tôshindô
- Hannah, Knuth (2018): Dürfen Lehrer ihre Meinung sagen? Die AfD beschwert sich über Pädagogen – sie verstießen gegen das Neutralitätsgebot, heißt es, in: Die Zeit, Nr. 26/2018
- Hedtke, Reinhold / Gökbudak, Mahir (2018): Ranking Politische Bildung 2017. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 7, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie
- Kariya, Takehiko (1995): Taishûkyôikushakai no yukue. Gakurekishugi to Byôdôshinwa no sengoshi (Entwicklung der Massenbildungsgesellschaft: Geschichte des Bildungsgang-Prinzips und des Gleichheitsmythos nach dem zweiten Weltkrieg), chûôkôronshinsha
- Kariya, Takehiko (2009): Kyôiku to byôdô. Taishûkyôikushakai wa ikani seiseishitaka (Bildung und Gleichheit: Wie Massenbildungsgesellschaft entstand), chûôkôronshinsha
- Kodama, Shigeo (2016): Kyôiku seijigaku wo hiraku. 18 sai senkyoken no jidai wo misuete (Neue Wissenschaft für Beziehungen zwischen Politik und Bildung: Im Zeitalter des Wahlrechts der 18 Jährigen), Keisôshobô
- Kondô, Takahiro (2005): Doitsu no seijikyôiku. Seijukushita minshushakai heno kadai (Politische Bildung in Deutschland: Aufgabe für die Demokratiegesellschaft), Iwanamishoten
- Mizuhara, Katsutoshi (2010): Gakushûshidôyôryô wa koku-minkeisei no sekkeisho. Sono nôryokukan to ningenzô no rekishitekihensen (Lehrplan als Entwurf für die Formung der Staatsbürger: Die historische Veränderung der Fähigkeit und des menschlichen Bildes als pädagogisches Ziel), Tôhokudaigakushuppankai
- OECD (2016): PISA 2015 Results (Volume I): Excellence and Equity in Education, Paris: OECD Publishing
- Terada, Yoshitaka (2014): Doitsu no gaikô anzenhoshôseisaku no kyôiku. Heiwakenkyû ni motozuku aratana hihantekikanten no tankyû (Außen- und Sicherheitspolitik in der politischen Bildung in Deutschland: Erforschen neuer kritischer Perspektiven auf der Grundlage von Friedensforschung), Kazamashobô
- Terada, Yoshitaka (2021): Politische Bildung in Japan und der Diskurs über die Fachdidaktik in Deutschland 1945 bis 1989, in: Politisches Lernen 1-2|2021, S. 51-56